

Pressemitteilung Nr. 6 vom 16. Januar 2007

"Dem Rechtsextremismus keine Chance! Schulen und politische Bildung leisten Großartiges in der Demokratieerziehung"

MÜNCHEN. "Wir lassen dem Rechtsextremismus keine Chance", so Bayerns Kultusstaatssekretär Karl Freller heute in München.

"Wir werden unsere Kinder und Jugendlichen auch weiterhin zur Achtung der Menschenrechte und der Werteordnung des christlichen Abendlandes und zum Ja zur parlamentarischen Demokratie erziehen", ergänzte der Staatssekretär.

"Gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und den Schulen wird das Kultusministerium den demokratischen Konsens weiter ausbauen", betonte der Kultusstaatssekretär.

Bayerns Schulen leisten bereits intensive Präventionsarbeit gegen Extremismus und erziehen zu Demokratie und Menschenrechten. Als Informationsmaterial dienen nicht zuletzt Publikationen der Landeszentrale für politischen Bildungsarbeit und des ISB wie "Politischer Radikalismus bei Jugendlichen" und "Politische Bildung in Schulen".

In Zusammenarbeit mit Schulen und Sportvereinen werden die Gründe für extremistisches Gedankengut erforscht. Die Ergebnisse der Untersuchungen und praktische Anregungen werden in Unterricht und politische Bildung einfließen.

Die Kampagne zur Persönlichbildung, die die Staatsregierung Anfang März 2007 starten wird, spiele in der aktiven Demokratieerziehung eine wichtige Rolle. Jugendliche, die ein "Werte-Zuhause" haben, gehören weniger stark zu einer gefährdeten Gruppe, so Karl Freller.

Weiter ausgebaut werden Netzwerke, die die Bürgergesellschaft stärken (Zusammenarbeit mit Weiße Rose-Stiftung) und das interkulturelle Lernen (Projekt "Tor nach Afrika") stützen.

Ebert-Studie "geradezu wertlos"

"Rechtsextreme Einstellungen dürfen nicht verharmlost werden. Dennoch darf man nicht einseitig schwarz malen", warnte der Staatssekretär. Freller verwies in diesem Zusammenhang auf die Publikation "Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland" der Friedrich-Ebert-Stiftung. In dieser war, so eine Expertise unter Federführung von Prof. Dr. Klaus Schroeder von der FU Berlin, unzutreffend behauptet worden, dass weite Teile der bayerischen Bevölkerung rechtsextremistisch eingestellt seien. Schroeder warf den Autoren der "Ebert-Studie" vor, dass sie den Befragten pauschalisierende Allgemeinurteile vorgelegt hatte.

"Wer das Befestigen von Deutschlandfähnchen auf Autodächern während der WM als latent rechtsextrem einstuft, hat wissenschaftlich den Boden unter den Füßen verloren." Freller nahm mit diesem Zitat Bezug auf die während der WM durchgeführte Umfrage. Wer die Aussage "Wir sollten wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben" auch nur mit "teils-teils" beantwortet hatte, dem wird in der Ebert-Studie bereits latenter Rechtsextremismus vorgeworfen.

Staatssekretär Freller stimmt nicht nur deshalb dem Berliner Wissenschaftler Schroeder in seiner Einschätzung der Ebert-Studie zu: "Sie ist geradezu wertlos."

Dr. Ludwig Unger, Pressesprecher des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus